

beitet dabei zwei Positionen heraus. Für die SPD und die Marxisten sei es vor allem um die Durchsetzung ideologischer Positionen gegangen, um Informationsaustausch, Bekundung des universalistischen Anspruchs des Sozialismus und Demonstration von Siegeszuversicht gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft. Dem stand besonders auf seiten der britischen »Trade Unions« der Wunsch nach internationalem Zusammenwirken bei konkreten politischen Anliegen gegenüber: z. B. bei der Ausgestaltung der Arbeiterschutzgesetze oder der Förderung einer auf Frieden und Freiheit gerichteten Außenpolitik in der Tradition des britischen Radikalismus.

Als tragendes Element der Gründungsperiode tritt das informelle Netz persönlicher Verbindungen zwischen führenden Gestalten der Gründergeneration hervor, die nicht zuletzt durch Verfolgung und Exil über beachtliche internationale Mobilität und Erfahrung verfügten. Obgleich dieser Kreis relativ klein war und ein Teil der Kontakte sporadisch blieb, lag hier der wichtigste Rückhalt hinter und zwischen den Kongressen. Wie Bürgi an manchen Beispielen zeigt, spielte dabei auch das eigene Geltungsbedürfnis eine nicht immer vorteilhafte Rolle. Eine internationale Orientierung der Arbeiterbewegung ergab sich des weiteren durch die Auswanderung von Arbeitern. Sie erklärt die wiederholten internationalen Initiativen des in sich internationalen Gewerkschaftsbundes der USA, obwohl dieser bis nach dem Ersten Weltkrieg in einem gespannten Verhältnis zur »sozialistischen« Zweiten Internationale verharrte. Auch wenn eine beachtliche Anzahl von Ländern, nicht nur aus Europa, an der neuen Internationale in irgendeiner Form beteiligt war, zählten im Grunde nur wenige Staaten: England, Frankreich, Deutschland, daneben Belgien, Holland und die Schweiz; kaum eine Rolle spielten hingegen die nord- und osteuropäischen Länder. Gut ausgeleuchtet von verschiedenen Perspektiven her wird die Position der SPD innerhalb der Internationale. Sie war Vorbild und stärkste Partei, stieß zugleich aber auch als wichtigster Rückhalt des Marxismus auf ideologische Ablehnung und zog sich den Vorwurf zu, autoritär, »prussianisiert« und pangermanistisch zu sein wie das Deutsche Reich selbst.

*Agnes Blänsdorf, Kiel*

Beate Fieseler, *Frauen auf dem Weg in die russische Sozialdemokratie 1890–1917. Eine kollektive Biographie*, Franz Steiner Verlag, Stuttgart 1995, 329 S., kart., 114 DM.

Weibliche Mitglieder der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei sind in Einzelfällen Objekt von Mythenbildung gewesen; in ihrer Masse fielen sie jedoch dem Vergessen anheim, wie Frauen als soziale Gruppe allgemein lange Zeit aus dem kollektiven Gedächtnis ausgeschlossen worden sind. Selbst in der Sowjetunion wurde die Geschichte der revolutionären Bewegung nicht vollständig aufgearbeitet, weil ein enger sozialhistorischer Zugang die Geschlechterperspektive ausblendete. In ihrer Dissertation, die 1995 mit dem Fritz-Theodor-Epstein-Preis des Verbands der Osteuropa-Historiker ausgezeichnet wurde, nimmt Beate Fieseler erstmals alle erfaßbaren russischen Sozialdemokratinnen in den Blick. Im Vergleich mit vorliegenden Untersuchungen über die männlichen Parteimitglieder geht sie der Frage nach, wer diese Frauen waren und welche Umstände sie veranlaßten, statt eines konventionellen Lebenswegs das revolutionäre Engagement zu wählen. Untersucht wird zum einen das soziale Gruppenprofil von Sozialdemokratinnen nach Kriterien wie Alter, Herkunft, Bildung, Beruf und Nationalität. Zum anderen werden Radikalisierungsmuster der sozialdemokratischen Frauen anhand von Lebensstadien (Kindheit, Jugend, Ausbildung) und Wirkungskreisen (Philantropie, Diskussionszirkel, Frauenpolitik) herausgearbeitet.

Die Studie fußt auf detaillierten prosopographischen Auswertungen. Da das Quellenmaterial und zeitgenössische biographische Erhebungen sich als unvollständig erwiesen, konnten Schätzungen nicht vermieden werden – etwa wenn der Frauenanteil in der russischen Sozialdemokratie vor der Revolution von 1905 auf die im internationalen Vergleich imponierende Zahl von ca. 15 Prozent beziffert wird. Bis 1917 war dann ein Abfall auf rund 11 Prozent zu beobachten. Zwar strömten bis zur Oktoberrevolution Zehntausende von Frauen, aber im Verhältnis doch immer mehr Männer in die Reihen der RSDRP. Es zog zunächst vorwiegend Frauen dorthin, die aus höherem, gebildetem und städtischem Milieu kamen, denn sozialdemokratische Partearbeit hing vom Bildungsniveau ab. Auch wenn im Verlauf des Untersuchungszeitraums eine Öffnung nach »unten« zu verzeichnen war, wurde die RSDRP bis 1917 doch keine »Arbeiterinnenpartei«. Die nach Geschlecht differenzierende Geschichtsforschung bringt hier wie an anderen Orten der Studie den Gewinn, das herrschende Bild von der russischen Sozialdemokratie zu revidieren, die schon vor 1905 mit einem Arbeiter- und Handwerkeranteil von 64,6 Prozent allgemein als Partei der Werktätigen galt. Dabei wurde außer acht gelassen, daß 71,4 Prozent der Sozialdemokratinnen der Intelligenz zuzurechnen waren.

In zunehmendem Maß traten Frauen in jungem Alter in die Sozialdemokratie ein. Dieser Schritt bedeutete in den meisten Fällen einen Bruch mit den traditionellen Bahnen weiblicher Existenz: dem (für Frauen zu 41,7 Prozent, für Männer zu 36,1 Prozent jüdischem) Elternhaus, mit Ehe, Wohlstand und Religion. Als Motiv lockte der Einsatz für eine neue Welt, die dem Anspruch nach Gerechtigkeit und Gleichberechtigung verhieß. Traumatische Erfahrungen aufgrund der Zugehörigkeit zu einer marginalisierten Gruppe (Frau, Jüdin), aber auch zerbrechende Familien lösten in der Regel die Suche nach einer neuen Orientierung aus, sofern nicht revolutionäre Eltern schon die Saat der politischen Gesinnung ausgestreut hatten. Kaum profunde politische Bildung, sondern vielmehr der Marxismus als Modeerscheinung und Projektionsfläche für soziale Sehnsüchte gab vielfach den Anstoß für politisches Engagement. Nach Ansicht der Autorin boten nur revolutionäre Parteien im ausgehenden 19. Jahrhundert ein abgegrenztes Terrain, in dem die Geschlechter »gemeinsam und formal gleichberechtigt miteinander agieren konnten« (S. 216 f.). Mit dieser These wird allerdings verkannt, daß es im nichtrevolutionären demokratischen Milieu bereits seit den 1860er Jahren von Frauen angestrebte alternative Lebens- und Arbeitsformen gab, die im Sinne weiblicher Emanzipation gestaltet wurden.

Im Ergebnis blieben Frauen selbst in der russischen Sozialdemokratie auf traditionelles weibliches Rollenverhalten festgelegt. Das läßt sich daran messen, daß sie vorwiegend auf der lokalen Führungsebene vertreten waren und nur selten auf zentrale Funktionärsposten vorrückten. Mangelndes Selbstbewußtsein, Unsicherheit über ihre politische Kompetenz und daraus resultierende Bescheidenheit ließen Frauen in der praktisch-organisatorischen Arbeit aufgehen. Der Anspruch der revolutionären Bewegung, Demokratie der Geschlechter zu praktizieren, brach sich zudem an der Realität des Untergrunds. Geschlechterrollen wurden auch fortgeschrieben, um nicht aufzufallen. So dienten Kinderwagen und Korsett als Verstecke von illegaler Literatur; Sozialdemokratinnen wurden in die Rolle von »Transportarbeiterinnen« gedrängt. Am schwersten fiel allerdings ins Gewicht, daß für viele Männer und Frauen die Sozialdemokratie zu einer Art Ersatzfamilie wurde, die unter den Existenzbedingungen des Untergrunds die traditionelle Rollenverteilung der Geschlechter geradezu konservierte. Diese interessante Schlußfolgerung über die Stellung der Frauen in der russischen Sozialdemokratie findet sich ausschließlich im Resümee der Untersuchung. Gern wäre man zusätzlichen Ausführungen über den Arbeitsalltag der sozialdemokratischen Frauen und Männer mit seiner Problematik der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung gefolgt. Da dieses Thema den Rahmen des Dissertationsprojektes offensichtlich gesprengt hätte, wäre es wünschens-

wert, wenn die aufschlußreiche Untersuchung über Alltag und Geschlecht in der russischen Sozialdemokratie fortgeführt würde.

*Bianka Pietrow-Ennker, Konstanz*

Helmut Altrichter, Rußland 1917. Ein Land auf der Suche nach sich selbst, Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn etc. 1997, 604 S., geb., 78 DM.

»Am Anfang war nicht Lenin. Am Anfang war die Krise. Sie erfaßte – mitten im Weltkrieg – den russischen Staat, alle gesellschaftlichen Schichten und Klassen, die Sprachgruppen und Nationalitäten. Außen- und Innenpolitik bildeten dabei eine kaum zu lösende Einheit.« Mit dieser nahezu schon bilanzierenden Feststellung beginnt Helmut Altrichter das Vorwort (S. 9) zu seiner voluminösen Studie über die Ursachen der beiden russischen Revolutionen des Jahres 1917. Die ereignisgeschichtliche Beschreibung dieser (Staats-)Krise und ihres Verlaufs »vom Sturz der Autokratie zum Oktoberaufstand« füllt auf rund 160 Seiten das zweite von vier Hauptkapiteln von Altrichters Buch, das nicht zuletzt wegen seiner sachlichen und emotionslosen Sprache die bislang instruktivste Einführung in das komplexe Themenfeld darstellt. Der folgende Hauptabschnitt widmet sich unter der Überschrift »Die Bewegungen der Arbeiter, Soldaten, Bauern und Bürger« den gesellschaftlichen Akteuren dieses Krisengeschehens, während der letzte (»Die Sezession der Nationalitäten«) die politische Entwicklung in den nichtrussischen Randzonen des Imperiums zum Gegenstand hat. Vorangestellt ist dem Ganzen ein knapp 100 Seiten starkes Einleitungskapitel, das die historiographische und revolutionstheoretische Einordnung der russischen Geschehnisse des Jahres 1917 in den Gesamtzusammenhang der geschichtlichen Umwälzungen seit der Epoche der europäischen Revolutionen unternimmt. Darin verweist Altrichter in einem Unterkapitel (S. 75–94) auf jene »drei Wege der Annäherung«, die bislang den interpretatorischen Zugang zu diesem welthistorischen Thema bestimmt haben: die marxistische Deutung, den Erklärungsansatz der Modernisierungstheorie und schließlich die politik- und sozialgeschichtliche Beschreibung. In diesem Zusammenhang benennt der Autor auch das Hauptanliegen seiner Darstellung: Sein Ziel ist es, »mit einem mehrfachen Perspektivenwechsel auf die Vielschichtigkeit des komplexen Geschehens aufmerksam zu machen und dabei einige seiner Entwicklungsstränge bloßzulegen« (S. 96 f.).

Den besagten Perspektivenwechsel praktiziert Altrichter vornehmlich auf jenen 140 Seiten seines zweiten Hauptabschnitts (»Eine Gesellschaft in Aufruhr«), auf denen er den jeweiligen Ausgangspunkt und die Interessenlage der bereits genannten kollektiven Akteure des Revolutionsgeschehens abhandelt. Bei allen vier Gruppen konstatiert der Autor eine wachsende Enttäuschung und Unzufriedenheit über die Entwicklung in den Monaten nach der Februarrevolution. Die Arbeiterschaft, die vor allem in den großstädtischen Zentren »mit Streiks und Demonstrationen die Autokratie gestürzt [hatte]« (S. 279), reagierte auf die sich seit dem Sommer 1917 stetig verschärfende Wirtschaftskrise zum Teil – so vor allem bei der ehemals politisch aktiven Facharbeiterschaft – mit Entmutigung, zum Teil mit Radikalisierung. Bei den Soldaten, die für Altrichter zu Recht eine eigenständige soziale Gruppe im Revolutionsgeschehen darstellen, wurde vom selben Zeitpunkt an die Sehnsucht nach Frieden und Rückkehr von der Front in die zivile Lebenssphäre übermächtig, während für die Bauern, die nicht zuletzt den Großteil des Heeres bildeten, die möglichst schnelle Befriedigung ihres Landhungers auf Kosten der Gutsbesitzer im Vordergrund stand. Von diesen drei Großgruppen der russischen Gesellschaft, die allesamt durch ihre akuten sozialen Anliegen geprägt waren, unterschied sich recht eigentlich das zahlenmäßig kleine Bürgertum. Seine politischen